Beschlussvorlage öffentlich Federführend: 32.6 Hafenamtsamt Beteiligt: I Bürgermeister II Senator III Senatorin 20 AMT FÜR FINANZVERWALTUNG 30 RECHTSAMT 32 ORDNUNGSAMT 1 Büro der Bürgerschaft	Nr.	VO/2021/4151 öffentlich
	Datum:	30.11.2021
	Verfasser/-in:	Gülzow, Andrea
Überplanmäßige Bereitstellung von 326.325,52 € für die Durchführung einer Bauwerksprüfung der Kaianlagen in der Hansestadt Wismar.		

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	15.12.2021	Finanzausschuss	Vorberatung
Öffentlich	16.12.2021	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Entscheidung

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von 326.325,52 € für die Durchführung einer Bauwerksprüfung der Kaianlagen in der Hansestadt Wismar.

Gem. § 50 Abs. 1 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung – KV M-V) sind überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Für die Durchführung einer Bauwerksprüfung der Kaianlagen in der Hansestadt Wismar wird die überplanmäßige Bereitstellung von 326.325,52 € benötigt.

Aufwendungen oder Auszahlungen sind unvorhergesehen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt war und insofern die Planung der Mittel nicht möglich war. Maßgeblich ist der Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2020/2021. Am Westkai im Westhafen wurde der Schiffsbohrmuschelbefall durch einen Zufallsbefund festgestellt. Der Westkai musste wegen der Horizontalverformung der Kaianlage im September 2021 vorerst für die Nutzung gesperrt werden. Im Bereich des Ostkais erfolgte im November 2021 eine Vorschüttung zur Notsicherung der Kaianlage. So konnte vorerst eine weitere Nutzung gewährleistet werden.

Aufgrund der unvorhergesehenen Verschlechterung des Bestandes der Kaianlagen im Westhafen besteht die Annahme, dass weitere Teile der Kaianlagen Schädigungen aufweisen könnten, die eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Ordnung darstellen. Daher sieht sich die Hansestadt Wismar in ihrer Betreiberverantwortung verpflichtet, den sicheren Betrieb der Hafenanlagen zu gewährleisten und Gefahrenquellen in Bereichen mit Nutzungsmöglichkeiten für den Publikumsverkehr und gewerblicher Nutzung schnellstmöglich auszuschließen.

Die Aufwendungen/Auszahlungen müssen zudem sachlich und zeitlich unabweisbar sein. Sachliche Unabweisbarkeit liegt vor, wenn die Gemeinde durch eine gesetzliche oder vertragliche Regelung zur Leistung verpflichtet ist oder wenn das Unterlassen der Leistung einen Nachteil für die Gemeinde nach sich ziehen würde. Gem. § 13 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz - SOG M-V) haben Ordnungsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem Einzelnen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird. Zeitliche Unabweisbarkeit liegt vor, wenn mit der Leistung nicht gewartet werden kann und sie damit unaufschiebbar ist. Nach sachlichen Gesichtspunkten unter Abwägung der öffentlichen Belange und der Interessen des Einzelnen ist die Abt. Hafenamts zu dem Entschluss gekommen, dass eine Bauwerksprüfung der Kaianlagen als Gefahrerforschungsmaßnahmen gem. § 13 SOG M-V unabweisbar ist.

Um die oben genannten dringenden Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht in diesem Haushaltsjahr zu veranlassen bzw. umzusetzen, sind für den Bereich Hafenaufsicht überplanmäßige Mittel in Höhe von 296.659,57 € erforderlich. Hierfür liegen bereits Kostangebote zur Durchführung einer Bauwerksprüfung vor. Zu deren Beauftragung wurde der Bürgerschaft eine nicht öffentliche Beschlussvorlage vorgelegt.

Zusätzlich wird ein Aufschlag für unvorhersehbare Mehrkosten in Höhe von 10 % zu den jeweiligen Auftragssummen kalkuliert. Folglich sind für den Bereich Hafenaufsicht überplanmäßige Mittel in Höhe von insgesamt 326.325,52 € bereitzustellen.

Durch Mehrerträge/-einzahlungen im Bereich der Gewerbesteuer ist die Deckung der o. g. Mehraufwendungen/-auszahlungen im Jahr 2021 sichergestellt.

Finanzielle Auswirkungen (Alle Beträge in Euro):

Durch die Umsetzung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen voraussichtlich folgende finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt:

	Keine finanziellen Auswirkungen
X	Finanzielle Auswirkungen gem. Ziffern 1 - 3

1. Finanzielle Auswirkungen für das laufende Haushaltsjahr

Ergebnishaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt:		Ertrag in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt: 06	12208.5249100	Aufwand in Höhe von	326.325,52 €

Finanzhaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt:		Einzahlung in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt: 06	12208.7249100	Auszahlung in Höhe von	326.325,52 €

Deckung

	Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung
X	Die Deckung ist/wird wie folgt gesichert
Produktkonto /Teilhaushalt:	Ertrag in Höhe von
Produktkonto /Teilhaushalt:	Aufwand in Höhe von

Ergebnishaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt: 09	61101.4013100	Ertrag in Höhe von	326.325,52 €
Produktkonto /Teilhaushalt:		Aufwand in Höhe von	

Finanzhaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt: 09	61101.6013100	Einzahlung in Höhe von	326.325,52 €
Produktkonto /Teilhaushalt:		Auszahlung in Höhe von	

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen für das laufende Haushaltsjahr (bei Bedarf):

2. Finanzielle Auswirkungen für das Folgejahr / für Folgejahre

Ergebnishaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt:		Ertrag in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt:		Aufwand in Höhe von	

Finanzhaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt:		Einzahlung in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt:		Auszahlung in Höhe von	

Deckung

	Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung		
	Die Deckung ist/wird wie folgt gesichert		
Produktkonto /Teilhaushalt:		Ertrag in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt:		Aufwand in Höhe von	

Ergebnishaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt:		Ertrag in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt:		Aufwand in Höhe von	

Finanzhaushalt

Produktkonto /Teilhaushalt:		Einzahlung in Höhe von	
Produktkonto /Teilhaushalt:		Auszahlung in Höhe von	

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen für das Folgejahr/ für Folgejahre (bei Bedarf):

3. Investitionsprogramm

X	Die Maßnahme ist keine Investition
	Die Maßnahme ist im Investitionsprogramm enthalten
	Die Maßnahme ist eine neue Investition

4. Die Maßnahme ist:

X	neu
	freiwillig
	eine Erweiterung
X	Vorgeschrieben durch: § 13 SOG

Anlage/n:

Der Bürgermeister

(Diese Vorlage wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)